

2. Juli 1961 Rassentrennung aufgehoben. Gesetz zur Aufhebung der Rassentrennung in den USA.

2. Juli 2001 „Stuttgart 21“. Bahn, Land, Stadt und Region schließen einen Projektvertrag zur Durchführung des Verkehrsprojekts Tiefbahnhof und ICE-Trasse nach Ulm ab. Anteile an der Finanzierung werden festgelegt. Ort: Stuttgart, Baden-Württemberg

11. Juli 1836 Die erste Güterbeförderung auf einer deutschen Eisenbahn erfolgt zwischen Nürnberg und Fürth: zwei Fässer Bier

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

12. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

28. Juni 2011

Zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Erklärung des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE gedenkt an diesem Tag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Widerstandes gegen den Faschismus. Der Krieg gegen die Sowjetunion radikalisierte die Vernichtungs- und Eroberungspläne der Deutschen. Gleichzeitig bereitete der Opfermut von Millionen sowjetischer Männer und Frauen die Niederlage des deutschen Faschismus vor. Unsere Anerkennung und unser Dank gilt ihnen und den Familien, die bis heute mit der Vergangenheit leben.

Vor 70 Jahren, am 22. Juni 1941, begann der Krieg der Deutschen gegen die Sowjetunion als beispielloser Vernichtungskrieg: nicht eine Kriegspartei sei zu bekämpfen, sondern der „Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander“. Nicht allein Eroberung sei das Ziel, so die deutsche Führung, sondern die Auslöschung der „jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung“ in den besetzten Gebieten.

Bevor überhaupt ein Schuss gefallen ist, standen die besonderen

Kriterien des „Barbarossaplan“ fest, internationales Kriegsrecht und Vertragsrecht des Nichtangriffspaktes ignorierend. Die Zuständigkeit der Kriegsgerichtsbarkeit wurde stark begrenzt und mit dem „Kommissarbefehl“ um das erste Fallbeispiel ergänzt: Politische Kommissare der Roten Armee müssten ohne Verhandlung „erledigt“ werden. Die Genfer Konvention zum Umgang mit den Kriegsgefangenen wurde de facto fallen gelassen. Das ließ nur den Schluss zu: Kein Überleben.

„Kein Überleben!“ sollte auch für die jüdische Bevölkerung im deutschen Herrschaftsbereich gelten und zwar ausnahmslos. Im Siegestaumel der deutschen Eroberungen bis Sommer 1941 vollzog sich die Radikalisierung in der deutschen „Judenpolitik“, und trotz sich bereits anbahnender Niederlage vollzog sich die Umsetzung – Vernichtung statt Vertreibung. Während des Feldzuges gegen die Sowjetunion verschmolzen die Maximen nationalistischer Weltanschau-

ung: „Lebensraum und Endlösung“ in eine untrennbare Einheit (Ch. Browning).

Die Sowjetunion sollte das große Versorgungsreservoir für die deutsche Kriegsführung werden. Großbritannien damit zum Einlenken gezwungen werden, letztlich die Weltmacht über dann mögliche große Kontinentalkriege errungen werden. Die Herrenmenschpolitik der Deutschen zielte auf die rassistische Neuordnung in ungekannten Dimensionen ab – allem voran die Vernichtung der europäischen Juden.

Am 8. Mai 1945 endet der Krieg in Europa.

Die Wende des Krieges beginnt bereits bei der Verteidigung Moskaus und dem Stoppen der deutschen Blitzkriegspläne. Unter gewaltigen Anstrengungen und Entbehrungen an Ost- und Westfront gelingt den Alliierten schließlich der Sieg. Die Sowjetunion trägt mit mindestens 27 Millionen Toten die Hauptlast der Befreiung vom deutschen Faschismus.

Der 17. Juni 1953 – Gedenktag für die Demokratie, nicht für die Neonazis!

Der Landesvorsitzende Matthias Höhn erklärt zum 17. Juni 1953 und der Instrumentalisierung des Datums durch Neonazis:

„Der 17. Juni 1953 legte acht Jahre nach der Beendigung des 2. Weltkrieges bereits die Krise des staatssozialistischen Systems offen. Nach sowjetischem Vorbild war ein Jahr zuvor das politische Programm zum Aufbau des Sozialismus in der DDR verabschiedet worden. Normerhöhungen, Vorrang der industriellen Produktion, Enteignungen, landwirtschaftliche Kollektivierung, Repression gegen Bauern und Selbstständige gehörten zu diesem Programm, mit dem die SED das Vertrauen und die Zuversicht der Bevölkerung auf Spiel setzte.

Der Arbeiteraufstand, die Kundgebungen und Demonstrationen in über 700 Orten in der DDR vom 15. bis zum 17. Juni wurden mit militärischer Gewalt der sowjetischen Truppen brutal niedergeschlagen. Er kostete, so die Schätzungen heute, bis zu 150 Menschen das Leben.

Neonazis versuchen wiederholt an dieses Datum, als das eines Arbeiteraufstandes gegen Willkürherrschaft anzuknüpfen – ausgerechnet die Widrigkeiten derjenigen, die wenige Wochen an der Macht 1933 als erstes Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialisten in ihre Folterkeller verschleppten! Diesmal wollen die Neonazis in Merseburg vor der Kulisse des Schlossfestes an diesem Wochenende marschieren. Merseburger Bürgerinnen und Bürger rufen dazu auf, sich dem Aufmarsch der Nazis entgegenzustellen - DIE LINKE unterstützt den Aufruf „(D)Eine Stunde für Demokratie“ und wird sich an den Prote-

sten beteiligen.

Der 17. Juni 1953 ist ein Tag der Demokratie, auch und besonders für uns demokratische Sozialistinnen und Sozialisten in der LINKE. Ohne Freiheit und unter Zwang ist keine Gesellschaft denkbar, die die Würde des Menschen schützt und garantiert.“

DIE LINKE gedenkt an diesem Tag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des

Widerstandes gegen den Faschismus. Der Krieg gegen die Sowjetunion radikalisierte die Vernichtungs- und Eroberungspläne der Deutschen. Gleichzeitig bereitete der Opfermut von Millionen sowjetischer Männer und Frauen die Niederlage des deutschen Faschismus vor. Unsere Anerkennung und unser Dank gilt ihnen und den Familien, die bis heute mit der Vergangenheit leben.



DIE LINKE beteiligte sich am Sonnabend, 18. Juni 2011, an einem friedlichen Protest, zu dem ein breites Bündnis gegen Rechts aufgerufen hatte. Rund 250 Menschen demonstrierten in Merseburg gegen einen Neonazi-Aufmarsch. Sie zogen mit Transparenten, Fahnen und Plakaten durch die Innenstadt.

Warum erinnert sich nur DIE LINKE?

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. Mit ihrer Matinee am 19. Juni in der Berliner Volksbühne wollte DIE LINKE erinnern, aber auch ein Zeichen setzen. „Mir ist völlig unverständlich, dass in einem Land, in dem die individuelle Freiheit als höchstes Gut im Grundgesetz gepriesen wird, die Befreier vom Faschismus, die unser Grundgesetz ja erst möglich gemacht haben, so demütigend behandelt werden“, hob Gesine Löttsch vorab im Interview mit Neues Deutschland hervor.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
23.06.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 04.08.2011

aus der Stadtratsfraktion:

Und das Gemisch aus allem schafft Motivation.



Dr. Bodo Meerheim

Bodo, seit 1994 bist Du Stadtrat in Halle (Saale), seit 1995 bist Du Vorsitzender der Fraktion.

Was motiviert Dich, diese ehrenamtliche Arbeit mit so viel Engagement auszuüben?

Am Anfang waren es „nur“ meine Überzeugung und der Wille, gemeinsam mit anderen Genossen Menschen helfen zu wollen, damit es ihnen besser gehen möge. Dann kam die Zeit, wo ich lernte, dass es wichtig war, Macht in diesem System nicht nur zu kontrollieren, sondern deren Ausübung nicht zu fürchten, Macht zu nutzen, um bestimmte Bedingungen, auch unter kapitalistischen Verhältnissen, zu verbessern oder zu erhalten. Das wollte ich. Und zuletzt, ganz ehrlich: In der Kommunalpolitik tätig zu sein, ist für mich nach 17 Jahren auch zu einer „Droge“ geworden. Trotz häufiger Machtlosigkeit, Dinge ändern zu können, gibt es auch manchmal Momente, so im Kleinen, wo es dann doch gelingt, einzelnen Menschen oder größeren Interessengruppen helfen zu können... Und das Gemisch aus allem schafft Motivation.

Du bist nun auch schon in der 2. Wahlperiode Vorsitzender des

Finanzausschusses der Stadt Halle (Saale).

Was kann ein Vorsitzender dieses Ausschusses bei einem unausgeglichenen Haushalt und tiefen Haushaltslöchern bewirken?

Ehrlich? Nicht wirklich mehr als eine Stadtratsmehrheit oder die Verwaltung wollen. ABER man kann durchaus über die Themenstellung für die Ausschusssitzungen und deren entsprechende Moderation bzw. Führung Entscheidungen lenken und also beeinflussen. Und manchmal weiß man einfach als Ausschussvorsitzender Dinge etwas früher oder auch mehr im Vergleich zum „normalen“ Ausschussmitglied. Dies kann schon von Vorteil für uns sein. Und nicht zuletzt: Man genießt eben auch Anerkennung in dieser Funktion, und zwar in allen Bereichen und allen Bevölkerungsschichten der kommunalen Gesellschaft. Dies

kann manchmal recht hilfreich sein für unsere politischen Anliegen und deren breite Unterstützung und Realisierung.

Was sind die wichtigsten, aktuellen Aufgaben der Fraktion derzeit?

Welche Vorhaben gibt es?

Jetzt kommt die Sommerpause. Im September steht die Klausurtagung an. Auf ihr werden wir mit den Mitgliedern der Fraktion und Mitgliedern aus dem Arbeitskreis Bauen und Planen über das weitere gemeinsame Vorgehen beraten und abgestimmte Schritte in der städtischen Kommunalpolitik formulieren. Wir werden uns verständigen müssen zum Mobilitätskonzept Halle 2020, zum Sportentwicklungsprogramm 2020, zur Umstellung des Haushaltes der Stadt von Kameralistik auf Doppik u.a.m.

Das Interview führte Ute Haupt.

Private Gläubiger beteiligen statt Griechenland erpressen

Sahra Wagenknecht

„Die Nötigung des griechischen Parlaments muss ein Ende haben. Es ist inakzeptabel, dass nur dann neues Geld fließt, wenn Ministerpräsident Papandreou heute Nacht im Amt bestätigt und das neue Spardiktat in den nächsten Tagen verabschiedet wird“, kommentiert Sahra Wagenknecht die anstehende Vertrauensfrage im griechischen Parlament. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der

Fraktion DIE LINKE weiter:

„Selbst wenn Papandreou diese Nacht als Ministerpräsident übersteht, die griechische Bevölkerung hat er längst nicht mehr hinter sich. Nach neuesten Umfragen lehnt eine Mehrheit der Griechen die von der EU und dem IWF diktierten Kürzungsprogramme ab. Drei Viertel der Griechen sprechen sich stattdessen für eine Umschuldung aus (SESMA-Umfrage). Die von den Euro-Finanzministern ausgehandelte freiwillige Beteiligung pri-

vater Gläubiger ist hingegen eine Farce und wird die griechischen Staatsschulden um keinen Cent reduzieren. Stattdessen werden durch die neuen 'Griechenlandhilfen' ungefähr zwei Drittel der Risiken im Zusammenhang mit den Staatsschulden beim europäischen Steuerzahler abgeladen.

Eine freiwillige Gläubigerbeteiligung ist so absurd wie ein schwarzer Schimmel. Statt die Öffentlichkeit mit derart unsinnigen Forderungen

hinters Licht zu führen, sollte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lieber dafür sorgen, dass private Banken und Vermögensbesitzer einen echten Beitrag zur Entschuldung Griechenlands leisten. Parallel dazu müssen die Staatsfinanzen durch eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit werden. Um die mit einer Entschuldung verbundenen Risiken für die öffentliche

Hand zu begrenzen und notwendige Investitionen in den Krisenstaaten zu finanzieren, könnte eine europaweite Vermögensabgabe erhoben werden. Dies setzt jedoch voraus, dass sich die deutsche Regierung auf europäischer Ebene energisch dafür einsetzt. Derzeit fließt diese dafür notwendige Energie leider weiter in die unwürdige Erpressung der griechischen Bevölkerung und die Durchsetzung europaweiter Kürzungsdiktate.“

Pfingsten mit der LINKEN



**Gesine Löttsch
in der Podiumsdiskussion**

Die Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde, die diesem Fest seit Jahren die Treue gehalten haben, auch wenn unser Landesverband sich als einziger der ostdeutschen Landesverbände seit vielen Jahren nicht an der Finanzierung und Vorbereitung beteiligte, werden das bestätigen.

Aber dieses Jahr konnten die TeilnehmerInnen unseres

Landesverbandes mit Freude auf den Beschluss 77-24 vom 24. Mai 2011 verweisen, der da besagt, dass sich der Landesverband wieder wie alle anderen ostdeutschen Landesverbände einbringen wird.

So werden wir uns nächstes Jahr nicht mehr über andere Landesverbände anmelden müssen.

Die AG Pfingsten wird sich intensiv an der Vorbereitung des 20. Pfingsttreffens mit der LINKEN beteiligen. In Gesprächen, die wir in diesem Jahr geführt haben, haben sich viele vorgenommen nun auch die Landesverbände der „gebrauchten Länder“ zu aktivieren, sich künftig stärker einzubringen.

mb

Ein ungewöhnlich spätes Pfingsten erwartete uns mit wie (fast) immer herrlichem Wetter am Werbellinsee.

Es war das nunmehr 19. Pfingsttreffen unserer Partei, anfangs in Markrafenheide und seit ca. 15 Jahren in der EZB Werbellinsee, ehemals die Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“. Wer da nun glaubt, dort sitzen ein paar ältere Genossinnen und Genossen und rekapitulieren die Vergangenheit, der irrt. Immer mehr junge Menschen finden sich jährlich ein, beim Neptunfest muss mittlerweile ausgelost werden, wer getauft wird. Sport und Spiel, Diskussionsrunden und Polittalk, Exkursionen bieten für jede Altersgruppe und für jeden Geschmack etwas.



Täve Schur im Gespräch

Leere Klassenkasse? 300 Euro Preisgeld für RLS-Nachhaltigkeitswettbewerb

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt ruft bis 30. September 2011 landesweit alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren auf, sich am Wettbewerb „Stadt, Land, Nachhaltigkeit! - gemeinsam Visionen entwickeln“ zu beteiligen.

Der Wettbewerb wird vom RLS Gesprächskreis Nachhaltigkeit unterstützt und ist von der deutschen UNESCO-Kommission e. V. anerkannt als Einzelbeitrag zur Weltdekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Die Teilnehmer werden für das Thema Nachhaltigkeit sensibilisiert und animiert, langfristig darüber nachzudenken, wie ihre Stadt, ihr Land in der Zukunft aussehen könnte. Es sollen Visionen entwickelt werden, wie das Leben auf der Erde auch für künftige Generationen lebenswert für alle gestaltet werden kann. Die Jugendlichen können mögliche nachhaltige Lösungsvorschläge für zum Beispiel die Energieversorgung, Architektur, Mobilität oder das Zusammenleben der Generationen entwickeln und dazu Zeichnungen, Collagen oder Modelle einsenden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die Arbeit kann sich sowohl auf ein einziges Problemfeld konzentrieren, als auch mehrere Fragestellungen gleichzeitig berücksichtigen.

Der Wettbewerb bietet außerdem zahlreiche Anknüpfungspunkte an einen interdisziplinär gestalteten Unterricht oder außerschulische Arbeitsgemeinschaften und Projekte.

Die besten Arbeiten werden von einer Jury ausgewählt und auf der RLS-Nachhaltigkeitskonferenz am 18. November in Magdeburg präsentiert. Im Zuge der Konferenz werden die drei besten Arbeiten mit Preisen ausgezeichnet.

Preise:

1. Platz: 300 Euro (gestiftet von Dr. Rosemarie Hein)
2. Platz: 100 Euro (mit Unterstützung des NABU Barleben e. V.)
3. Platz: Büchergutschein im Wert von 70 Euro; gesponsert von der Buchhandlung Coppenrath & Boeser GmbH, Magdeburg

Weitere Infos zum Wettbewerb im Netz unter www.rosaluxsa.de

Wenn es Fragen oder Probleme gibt, können Sie sich gern telefonisch an Gabriele Henschke unter 0391-25191475 wenden oder eine Mail an henschke@rosaluxsa.de senden.

Die fertigen Projektarbeiten bitte bis 30.9. 2011 einsenden an:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg



Heike Walter liest aus ihrem kürzlich erschienenen Buch „Abgebrochen. Frauen aus der DDR berichten“
Prof. Dr. Ulrike Busch führt in das Thema ein und moderiert

wann & wo
15.07.2011, ab 19 Uhr
Lesecafé am Neuen Theater, Große Ulrichstraße 50-51, 06108 Halle

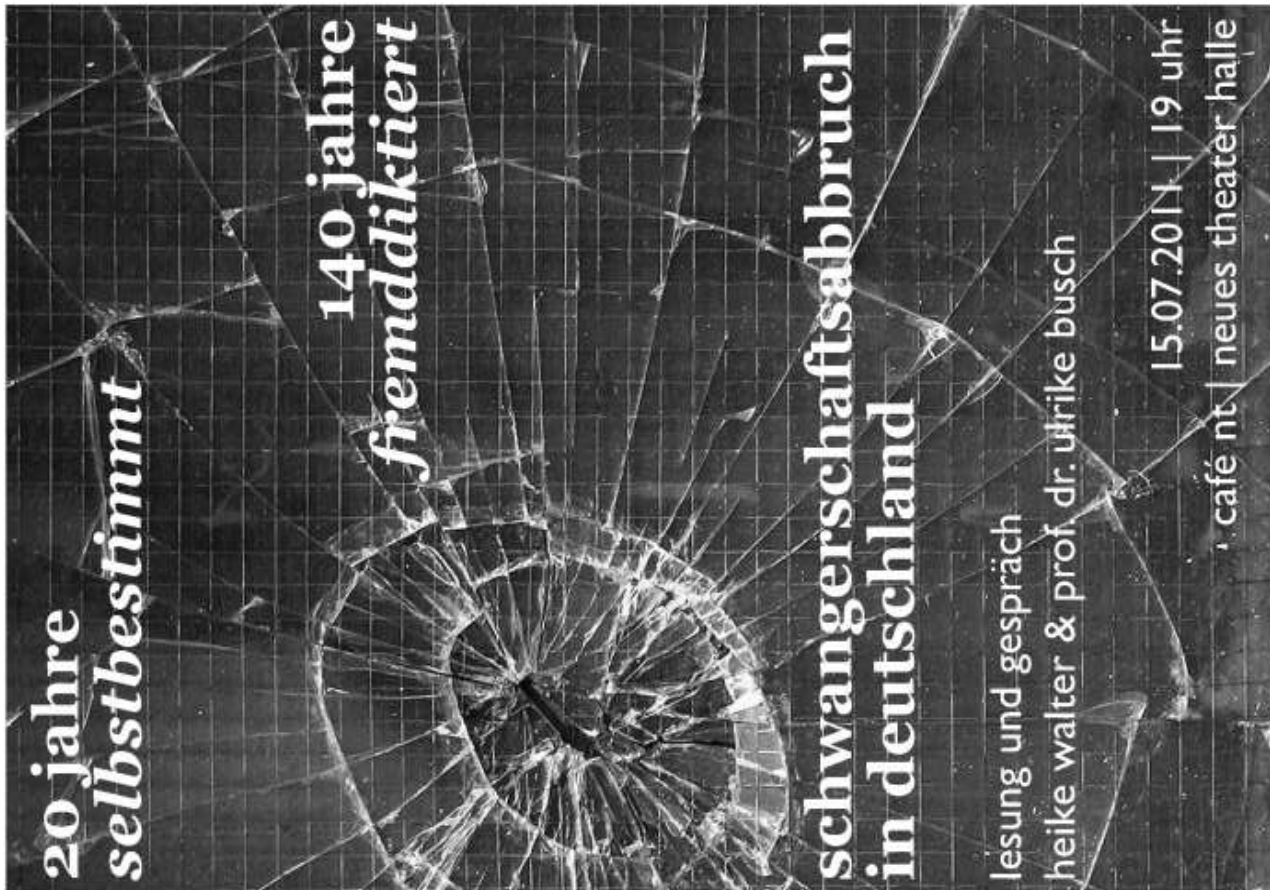
thema

Der §218 legt seit 140 Jahren fest, dass der Abbruch einer Schwangerschaft in Deutschland bis heute als „Straftat gegen das Leben“ gilt, nur in Ausnahmefällen möglich ist. In den 70er Jahren wurde im Westen noch eifrig gegen den §218 demonstriert, heute hat man/frau sich damit arrangiert. Nur selbst ernannte „Lebensschützer“ machen hin und wieder Schlagzeilen, während betroffene Frauen weiterhin diskriminiert werden.

In der DDR galt seit 1972 ein Gesetz, das Schwangerschaftsabbrüche jenseits des Strafgesetzes regelte. Heike Walter stellt in ihrem bemerkenswerten Buch nun 16 Frauen vor und setzt sich damit auseinander, wie die Frauen in der DDR mit ihrem Recht umgingen, wie sie ungewollte Schwangerschaften und die Entscheidungssituationen erlebten.

Wir laden Sie ein zum Zuhören, Nachdenken und Diskutieren.

veranstalter
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt
Institut für Angewandte Sexualwissenschaft, Hochschule Merseburg



Gedenken an die Opfer von Lidice

Steffen Casper

Am 10. Juni versammelten sich Mitglieder des Gesprächskreises für Deutsche, Tschechen und Slowaken am Gedenkstein für die Häftlinge des ehemaligen KZ Außenlagers Mötzlich, um der Opfer des Blutbades von Lidice zu gedenken. An diesem Tag wird weltweit jener Mordaktion gedacht, die neben den Massakern von Oradour-sur-Glane in Frankreich, Marzabotto in Italien oder Kalavryta in Griechenland in besonderer Weise für die Nationalsozialistische Barbarei steht. In Mötzlich-Birkhahn, einem Außenlager des KZ Buchenwald, waren neben russischen, polnischen französischen und niederländischen auch tschechische Häftlinge untergebracht.

Der Initiator des Vereins, Hans Joachim Gunkel, stellte noch einmal kurz die historischen Hintergründe dar.

In den frühen Morgenstunden jenes Junitages des Jahres 1942 umstellten Einheiten von SS und Feldgendarmarie das Dorf Lidice, dessen nichtsahnende Bewohner keinerlei Verbindung zu den Attentätern hatten, welche am 27. Mai den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Reinhard Heydrich so schwer verletzt hatten, dass er am 4. Juni starb. Zur Vergeltung wurden dennoch alle 192 männlichen Einwohner und 71 der Frauen des Dorfes umgebracht, während die überlebenden 198 Frauen in verschiedene Lager deportiert wurden, in denen viele von ihnen starben. Von den 105 Kindern kehrten nur 17 nach Hause zurück.

Hans Joachim Gunkel hob stell-

vertretend für die Leiden der überlebenden Kinder das Schicksal des damals vierjährigen Vaclav Zelenka hervor. Zelenka, später auch Bürgermeister des nach dem Krieg neu erstandenen Lidice, wurde zur sogenannten Eindeutschung in das Reich verbracht und beherrschte bei seiner Rückkehr im Mai 1947 kein einziges Wort seiner Muttersprache mehr.

Obwohl der rassistisch motivierte Vernichtungsfuror der Nationalsozialisten in besonderer Weise gegen die jüdischen Einwohner des Protektorates gerichtet war, wurde auch die tschechische Bevölkerung des Protektorates durch die Verhängung des Ausnahmezustandes drakonischen Restriktionen unterworfen.

Abschließend gab H. J. Gunkel der Hoffnung Ausdruck, dass der ehrliche Umgang mit der Geschichte die Verbundenheit des tschechischen und des deutschen Volkes stärken möge. Nach der kurzen Ansprache legten die Anwesenden Blumen nieder und gedachten still der Opfer.

An dieser Stelle sei noch einmal

darauf hingewiesen, dass Lidice nur ein bekanntes Beispiel für die vielen Orte, ist in denen die systematische Repressionspolitik des Deutschen Faschismus ihre unauslöschlichen Spuren hinterlassen hat. Weniger bekannt ist zum Beispiel, dass die SS am 24. Juni 1942 alle 47 erwachsenen Einwohner des Weilers Lezáki, einschließlich der Frauen, ermordete.

Ursprünglich hatte Hitler sogar die sofortige Erschießung von 10000 Tschechen angeordnet, welche allerdings durch die Intervention des SS Gruppenführers und Staatssekretärs Karl Hermann Frank abgewendet werden konnte. Der Preis dafür waren jedoch die Racheakte von Lidice und Lezáki..

Dieses Gedenken fand zum ersten Male statt, doch es bleibt zu hoffen, dass hier eine dauerhafte Tradition begründet wurde. Es wäre durchaus begrüßenswert, wenn auch einmal ein offizieller Vertreter der Stadt Halle daran teilnehmen könnte, schließlich war nicht nur Georg Friedrich Händel, sondern auch Reinhard Heydrich ein Sohn dieser Stadt.

PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 8. Juli 2011



Beginn: 14.00 Uhr

Ende: gegen 18.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg. Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis, Geldpreise für die Plätze 1-3.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.